

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © WCC/Peter Williams

Diskussion im Büro des OeRK-Generalsekretärs. Von links: IWF-Direktor Rodrigo de Rato, Samuel Kobia, Agnes Abuom, OeRK-Präsidentin aus Afrika, der stellvertretende IWF-Direktor Agustín Carstens und Weltbank-Präsident James Wolfensohn

Die Schreie aus dem Süden hören

Leitende Vertreter von IWF und Weltbank am Sitz des Weltkirchenrates

Der Präsident der Weltbank (WB), James D. Wolfensohn, und der stellvertretende Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Agustín Carstens, besuchten am 22. Oktober 2004 das Oekumenische Zentrum in Genf. Gemeinsam mit OeRK-Generalsekretär Samuel Kobia und OeRK-Präsidentin Agnes Abuom nahmen sie an einer Podiumsdiskussion teil, die von Cornelio Sommaruga, dem ehemaligen Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, moderiert wurde.

Als Themen wurden besprochen: Armutsbeseitigung, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, Stimme und Stimmrecht von Entwicklungsländern in WB und IWF sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den drei Organisationen.

OeRK-Generalsekretär Kobia erinnerte an den Grundauftrag des Weltkirchenrates, „die Kirche in jedem Ort“ zu befähigen, „Stimme für jene zu sein, die keine Stimme haben“. Zugleich stehe der OeRK zu seiner Verpflichtung zum Einsatz für Gerechtigkeit, der seinen Grund in der oekumenischen Auffassung von Gottes vorrangiger Option für die Armen habe. Die Begegnung mit den Vertretern der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds sei ein „entscheidendes Engagement auf der Suche nach gangba-

AUS DEM INHALT

Die Schreie aus dem Süden hören:
Vertreter von IWF und Weltbank
beim Weltkirchenrat

Reformierter Weltbund:
„Wirtschaftssysteme sind eine
Sache von Leben und Tod“

**OeRK und Vatikan: Gemeinsame
Vorbereitung für Gebetswoche**

**Dritte Europäische Oekumenische
Versammlung: 2007 in Sibiu**

**Kenia: Kirchen führend im Kampf
gegen Hungersnot**

**Nordkorea: Dramatischer Wandel
für Christenheit**

Kanada: Debatte über Kirchenasyl

**Chinesische Regierung: Kirchen
dürfen wachsen**

Bulgarien: Orthodoxie im Streit

Aus Netzen und Bewegungen

Bayern: Heilsame Alternativen

**Bremen: Oekumenischer
Stadtkirchentag Bremen**

**Nordelbien: Keine Überwindung
von Gewalt ohne Kritik am Militär**

**Niedersachsen: Oekumenische
Pilgerfahrt mit dem Fahrrad**

**Rhein Mosel Saar: „Globalisierung
im Alltag – Das Ganze verändern!“**

**„Für Gerechtigkeit, Frieden und
die Bewahrung der Natur“:
Erstes Deutsches Sozialforum
im Juli 2005**

**Christlich-islamischer Grundkurs
Gewaltfreiheit**

**Dietrich-Bonhoeffer-Verein:
Bundestag will Militärseelsorge
loben**

**Versöhnungsbund: „Gewaltfrei
gegen Krieg“**

**Nötig: „PISA-Studie“
über Friedensfähigkeit!**

HERAUSGEBERKREIS:

- Stiftung Oekumene, Redaktionsadresse:
Breitscheidstr. 92, 70176 Stuttgart
Internet: www.ecunet.de in Verbindung mit
- Aktion Bundesschluß, c/o Karin Saarmann
Christophstr. 35, 70180 Stuttgart
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Blücherstr. 14, 53115 Bonn
- Christen für gerechte Wirtschaftsordnung,
c/o Prof. Dr. Geitmann, Martin-Bucer-Str. 6
77694 Kehl
- Christlicher Friedensdienst, Rendelerstr. 9–11
60385 Frankfurt/Main
- Christliche Friedenskonferenz, c/o Dr. Ernst Uhl
Landrat-Berthold-Str. 15, 28779 Bremen
- Oikocredit – DACHS e.V. Deutsche Förderkreise
der Oekumenischen Entwicklungsgenossenschaft,
Ebertplatz 12, 50668 Köln
- Eirene, Engerser Str. 74 b, 56564 Neuwied
- Ev. Studentinnengemeinde (ESG),
Berliner Str. 69, 13189 Berlin
- Initiative Kirche von unten (IKvu)
Heerstr. 205, 53111 Bonn
- Ohne Rüstung leben (ORL), Arndtstr. 31
70197 Stuttgart
- Pax Christi, Feststr. 9, 61118 Bad Vilbel
- Versöhnungsbund, Schwarzer Weg 8
32423 Minden
sowie per Adresse
- Laurentiuskonvent, 34474 Diemelstadt:
- Christliche Aktion Mensch-Umwelt
- Ökumenische Initiative EINE WELT (ÖIEW)
- Plädoyer für eine Ökumenische Zukunft

ren Wegen zu weltweiter Gerechtigkeit, so dass alle Menschen ihren fairen Anteil am gemeinsamen Reichtum aller haben.“

„Durch aufeinander hören und miteinander reden haben wir eine Verständnisgrundlage erreicht, die es dem OeRK erlaubt, mit IMF und Weltbank zusammen sich in Bereichen gegenseitigen Interesses zu engagieren und zugleich die Felder von Nichtübereinstimmung festzuhalten“, meinte Kobia. Aufgabe des Rates sei es, die Schreie der Menschen zu hören, um zu einer neuen und gerechten globalen Ordnung zu gelangen.

Wenn man jene Schreie hört, einschließlich jener der wachsenden Zahl von Menschen aus dem globalen Süden innerhalb der Mitgliedskirchen des OeRK, können deutlich sehr konkrete Anliegen vernommen werden, darunter die Schuldenlast der armen Länder.

„Nachdem Millionen die gesellschaftlichen, politischen und ökologischen Kosten des zählbaren Verschuldungskreislaufes zu tragen hatten, erkennen die Kirchen ihren Auftrag, nach Auswegen aus dem Würgegriff der Verschuldung zu suchen, deren verheerende Folgen wieder gut zu machen und sicherzustellen, dass sich Schuldkrisen nicht wiederholen“, sagte Kobia.

Der OeRK erkannte an, dass „die Vision der Weltbank von einer armutsfreien Welt gut mit einem grundlegenden Teil der Analyse des Rates übereinstimmt“. Dennoch äußerte Kobia auch die Besorgnis, dass das Konzept einer „Armutsverringerung“, („poverty reduction“) statt deren Beendigung oder Ausrottung („eradication of poverty“) auf einem Entwicklungskonzept des „Trickle-Down“ basiere, das davon ausgehe, dass „viele Menschen arm bleiben“.

Der Rat zeigte sich jedoch auch besorgt durch Vorstellungen eines Wachstums ohne Grenzen und der Vernachlässigung der daraus wachsenden Folgen mit Blick auf „Gerechtigkeit und der Schöpfung“, und er bleibt „grundsätzlich besorgt um die Anliegen von Menschenrechten und Gerechtigkeit“ bei den Diskussionen und Entscheidungsprozessen in den leitenden Gremien von Weltbank und Weltwährungsfonds.

Gegen selbstgefälliges Beten, ohne das Leiden anderer zu sehen

Anlässlich der Weltversammlung der Reformierten Kirchen haben die im ghanaischen Accra (Westafrika) versammelten Delegierten davor gewarnt, über einem selbstgefälligen Beten das Leiden in der Welt zu vergessen.

In ihrem „Brief aus Accra“ schreibt die Versammlung, die nur alle sieben Jahre zusammentritt, die tiefste Erfahrung dieser Versammlung sei der Besuch in den Verließen gewesen, von wo aus über Jahrhunderte 15 Millionen Afrikaner in die Sklaverei verschifft worden seien. Zu gleichen Zeit, als dies geschehen sei, hätten Christen und Christinnen in den Kapellen oberhalb der

Kerker in den Forts von Elmina und Cape Coast ihre rechtgläubigen Gottesdienste abgehalten.

„Wie vermochten jene Christinnen und Christen die spirituelle Erfahrung soweit von den Foltern und Qualen direkt unter ihren Füßen abzuschotten? Wie konnte ihr Glaube so blind werden?“

Weiter heißt es in dem Brief: „Die heutige Welt ist geteilt zwischen denen, die im Wohlstand beten und jenen, die durch die weltweite ökonomische Ungerechtigkeit und die ökologische Zerstörung zu Sklaven geworden sind. Die ganze Welt“, so heißt es weiter, lebe „unter dem Schatten eines Reiches der Unterdrückung. Darunter verstehen wir die geballte Macht der alles durchdringenden ökonomischen und politischen Gewalt, welche die Welt erneut in reich und arm teilt. Millionen Menschen aus unseren eigenen Gemeinschaften leben täglich diese Realität.“

„Die Wirtschaftssysteme vieler Länder sind in der Schuldenfalle gefangen, die die Situation der Ärmsten der Armen weiter verschlimmert. Täglich sterben 24 000 Menschen aus Hunger und Unterernährung, während zugleich die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Viele in unseren Gemeinschaften sind dieser Realität gegenüber ebenso unachtsam, wie es jene Betenden waren, die über den Verließen unter ihnen ihre Gottesdienste abhielten. Als die, die sich im Namen dieser Armen hier in Accra versammelt haben, erklären wir, dass die Glaubwürdigkeit des Christentums an sich bei dieser Frage auf dem Spiel steht, genauso wie damals, als jene im Fort von Elmina beteten.“

„Den Glauben zu bekennen verlangt unbedingt nach dem Widerstand gegen alles, was die Fülle des Lebens verhindert.“ Auch die Versammlung selbst stand unter dem Leitwort aus dem Johannesevangelium 10, 10: „Damit sie das Leben in Fülle haben“.

Auf der gleichen Versammlung wurde auch ein Bundesdokument verabschiedet, das besagt, dass Kapitalismus Sünde ist und Götzendienst brandmarkt. „Wir weisen alle Ansprüche wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Mächte zurück, die Gottes Souveränität untergraben und die gegen Gottes gerechte Ordnung verstoßen. Es dürfe nicht sein, dass weltweit die Einkünfte der Reichsten 1% der Bevölkerung genauso hoch sind, wie die der Ärmsten 57%.“

Die Versammlung im westafrikanischen Accra (Ghana) betonte, dass Mission heute im Kontext von Globalisierung und Imperium geschehe. Man verwies auf das reformierte Verständnis über die verschiedenen Rollen Jesu, der als Prophet in seiner Zeit der Herrschaft eines Imperiums widerstand, der als Priester die Armen und Ausgegrenzten tröstete und der als König den Weg zum Dienen wies. Eine „Missiologie des Lebens“ betont die Bedeutung des Heilens und der Geschlechtergerechtigkeit als einer wichtigen Kernfunktion von Mission. In den nächsten sieben Jahren sollten Gespräche mit den

Pfingstkirchen ausgebaut werden, um herauszufinden, in welchen Bereichen gegenseitiges Lernen möglich ist und wie das reformierte Verständnis des Heiligen Geistes vertieft werden kann. Außerdem wolle man sich erneut dem interreligiösen Dialog verpflichten und verstehen lernen, dass Christinnen und Christen „das Volk Gottes unter allen Völkern Gottes“ sind, um das interreligiöse Engagement vor allem im Hinblick auf weltweite religiöse Konflikte zu unterstützen.

Weitere Informationen zur Weltversammlung unter: www.warc.ch

Reformierter Weltbund: „Wirtschaftssysteme sind eine Sache von Leben und Tod“

Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit (Auszüge)

Einleitung

1. Als Antwort auf den drängenden Appell der Mitgliedskirchen im Südlichen Afrika, die sich 1995 in Kitwe trafen, und in Anerkennung der wachsenden Dringlichkeit, sich der globalen wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und ökologischen Zerstörung anzunehmen, forderte die 23. Generalversammlung (Debrecen, Ungarn 1997) die Mitgliedskirchen des Reformierten Weltbundes auf, in einen Prozess der „Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens“ (processus confessionis) einzutreten. Die Kirchen reflektierten über den Text aus Jesaja 58,6 „...sprengt die Ketten der Unterdrückung und das Joch der Ungerechtigkeit, und lasst die Unterdrückten frei“; gleichzeitig hörten sie die Schreie ihrer Brüder und Schwestern rund um den Erdkreis und wurden sich bewusst, in welchem Ausmaß die Schöpfung – Gottes Geschenk – bedroht ist. ...

Die Zeichen der Zeit erkennen

5. Wir wissen, dass die Schöpfung noch immer seufzt, in Ketten liegt und auf Befreiung wartet (Röm 8,22). Die Schreie der leidenden Menschen, aber auch die der Schöpfung selbst zugefügten Wunden sind eine Herausforderung an uns.
6. Die Zeichen der Zeit sind alarmierender geworden und bedürfen der Interpretation. Die tieferen Wurzeln der massiven Bedrohung des Lebens sind vor allem das Produkt eines ungerechten Wirtschaftssystems, das mit politischer und militärischer Macht verteidigt und geschützt wird. Wirtschaftssysteme sind eine Sache von Leben und Tod.
7. Wir leben in einer skandalösen Welt, die leugnet, dass Gottes Aufruf zum Leben allen Menschen gilt. Das Jahreseinkommen der Reichsten 1% entspricht dem der ärmsten 57% und 24 000 Menschen

Photo: © Klaus Vogler / RWB



Sklavenburg in Westafrika

sterben jeden Tag an den Folgen von Armut und Unterernährung. Die Schulden der armen Länder nehmen weiter zu, obwohl sie ihre ursprünglichen Kredite mehrmals zurückgezahlt haben. ... Die Mehrheit der Armen sind Frauen und Kinder, und die Anzahl derer, die in absoluter Armut mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen, steigt ständig.

8. Die Politik ungehinderten Wachstums unter den Industrieländern und das Streben multinationaler Unternehmen nach Gewinn haben die Erde ausgeplündert und die Umwelt schwer geschädigt..
9. Diese Krise steht in direktem Verhältnis zur Entwicklung der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung, die auf folgenden Überzeugungen beruht:
 - ungehinderter Wettbewerb, schrankenloser Konsum, ungebremstes Wirtschaftswachstum und Anhäufung von Reichtum ist das Beste für die ganze Welt;
 - Privatbesitz beinhaltet keine soziale Verpflichtung;
 - Finanzspekulation, Liberalisierung und Deregulierung des Marktes, Privatisierung öffentlicher Versorgungsbetriebe und nationaler Ressourcen, ungehinderter Zugang für ausländische Investitionen und Importe, niedrigere Steuern und ungehinderter Kapitalverkehr schaffen Wohlstand für alle;
 - soziale Verpflichtungen, der Schutz von Armen und Schwachen, Gewerkschaftsleben und zwischenmenschliche Beziehungen sind dem Wirtschaftswachstum und der Kapitalakkumulation untergeordnet.
10. Diese Ideologie, die von sich behauptet, es gäbe zu ihr keine Alternative, verlangt den Armen und der Schöpfung unendliche Opfer ab und verspricht fälschlicherweise, die Welt durch die Schaffung von Reichtum und Wohlstand retten zu können. Sie tritt mit dem Anspruch auf, alle Lebenssphären beherrschen zu wollen und verlangt absolute Gefolgschaft, was einem Götzendienst gleichkommt.

11. Wir sind uns des ungeheuren Ausmaßes und der Komplexität dieser Situation bewusst und suchen keine einfachen Antworten. Als Wahrheits- und Gerechtigkeitssuchende, die sich die Sichtweise der Machtlosen und Leidenden zu Eigen machen, sehen wir, dass die gegenwärtige Welt-(Un)Ordnung auf einem außerordentlich komplexen und unmoralischen Wirtschaftssystem beruht, dass von (einem) Imperium verteidigt wird. Unter dem Begriff „Imperium“ verstehen wir die Konzentration wirtschaftlicher, kultureller, politischer und militärischer Macht zu einem Herrschaftssystem unter der Führung mächtiger Nationen, die ihre eigenen Interessen schützen und verteidigen wollen. ...
14. Wir beobachten also eine dramatische Konvergenz zwischen der Wirtschaftskrise einerseits und dem Integrationsprozess von wirtschaftlicher Globalisierung und Geopolitik andererseits und dies vor dem Hintergrund der neoliberalen Ideologie. Es handelt sich hier um ein globales System, das die Interessen der Mächtigen verteidigt und schützt. Wir sind alle davon betroffen und keiner kann sich ihm entziehen. In biblischen Begriffen wird ein solches System der Anhäufung von Reichtum auf Kosten der Armen als Treubruch gegenüber Gott angesehen, das verantwortlich ist für vermeidbares menschliches Leid und „Mammon“ genannt wird. Jesus sagte, wir könnten nicht zugleich Gott und dem Mammon dienen (Lk 16,13).
Bekenntnis des Glaubens (confession of faith) angesichts wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung ...
18. Wir glauben, dass Gott über die ganze Schöpfung regiert. „Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist“ (Ps 24,1).
19. Darum sagen wir Nein¹ zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, wie sie uns vom globalen neoliberalen Kapitalismus aufgezwungen wird. Nein aber auch zu allen anderen Wirtschaftssystemen – ein-

schließlich der Modelle absoluter Planwirtschaft –, die Gottes Bund verachten, indem sie die Notleidenden, die Schwächeren und die Schöpfung in ihrer Ganzheit der Fülle des Lebens berauben. Wir weisen jeden Anspruch auf ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Imperium zurück, das Gottes Herrschaft über das Leben umzustürzen versucht und dessen Handeln in Widerspruch zu Gottes gerechter Herrschaft steht.

20. Wir glauben, dass Gott einen Bund mit der ganzen Schöpfung eingegangen ist (1. Mo 9,8-12). Gott hat eine Gemeinschaft auf Erden ins Leben gerufen, die auf einer Vision der Gerechtigkeit und des Friedens beruht. Der Bund ist eine Gnadengabe, die nicht auf dem Marktplatz käuflich ist (Jes 55,1). Er ist eine Ökonomie der Gnade für den Haushalt der ganzen Schöpfung. Jesus zeigt uns, dass dies ein alle einschließender Bund ist, in dem die Armen und Ausgegrenzten die bevorzugten Partner sind. Er ruft uns dazu auf, die Gerechtigkeit gegenüber „seinen geringsten Brüdern und Schwestern“ (Mt 25,40) in den Mittelpunkt der Gemeinschaft des Lebens zu stellen. Die ganze Schöpfung ist gesegnet und in diesem Bund eingeschlossen (Hos 2,18ff.).
21. Darum sagen wir Nein zur Kultur des ungebändigten Konsumverhaltens, der konkurrierenden Gewinnsucht und zur Selbstsucht des neoliberalen globalen Marktsystems oder jedes anderen Systems, das von sich behauptet, es gäbe keine Alternative.
22. Wir glauben, dass jede Wirtschaftsform zur Gestaltung des Lebenshaushaltes, wie er uns durch Gottes Bund zur Erhaltung des Lebens geschenkt wurde, sich vor Gott zu verantworten hat. Wir glauben, dass die Wirtschaft dazu da ist, um der Würde und dem Wohl der Menschen in Gemeinschaft im Rahmen der Nachhaltigkeit der Schöpfung zu dienen. Wir glauben, dass wir Menschen berufen sind, uns für Gott und gegen den Mammon zu entscheiden und dass das Bekennen unseres Glaubens ein Akt des Gehorsams ist.
23. Darum sagen wir Nein zur unkontrollierten Anhäufung von Reichtum und zum grenzenlosen Wachstum, die schon jetzt das Leben von Millionen Menschen gefordert und viel von Gottes Schöpfung zerstört haben.
24. Wir glauben, dass Gott ein Gott der Gerechtigkeit ist. In einer Welt voller Korruption, Ausbeutung und Habsucht ist Gott in einer besonderen Weise der Gott der Notleidenden, der Armen, der Ausgebeuteten, der ungerecht Behandelten und der Missbrauchten (Ps 146,7-9). Gott fordert gerechte Beziehungen zu allen Geschöpfen.
25. Darum sagen wir Nein zu jeder Ideologie und jedem wirtschaftlichen Regime,

das den Profit über die Menschen stellt, das nicht um die ganze Schöpfung besorgt ist und jene Gaben Gottes, die für alle bestimmt sind, zum Privateigentum erklärt. Wir weisen jede Lehre zurück, die zur Rechtfertigung jener dient, die einer solchen Ideologie im Namen des Evangeliums das Wort reden oder ihr nicht widerstehen.

26. Wir glauben, dass Gott uns dazu aufruft, uns an die Seite der Opfer der Ungerechtigkeit zu stellen. Wir wissen, was der Herr von uns fordert, „das Gerechte zu tun, Liebe zu üben, und demütig zu sein vor unserem Gott“ (Micha 6,18). Wir sind dazu aufgerufen, uns gegen jede Form der Ungerechtigkeit in der Wirtschaft und gegen die Zerstörung der Erde zu wenden, damit „das Recht ströme wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach“ (Amos 5,24).
27. Darum sagen wir Nein zu jeder Theologie, die den Anspruch erhebt, dass Gott nur auf der Seite der Reichen stehe, und dass Armut die Schuld der Armen sei. Wir weisen jegliche Form der Ungerechtigkeit zurück, die gerechte Beziehungen zerstört – Geschlecht, Rasse, Klasse, Behinderung, Kaste. Wir weisen jede Theologie zurück, die vorgibt, menschliche Interessen dürften die Natur beherrschen.
28. Wir glauben, dass Gott uns dazu aufruft, die Schreie der Armen und das Stöhnen der Schöpfung zu hören und dem missionarischen Auftrag Jesu zu folgen, der gekommen ist, damit alle Leben haben, und es in Fülle haben (Joh 10,10). Jesus bringt den Unterdrückten Gerechtigkeit und den Hungern den Brot; er befreit die Gefangenen und gibt den Blinden das Augenlicht (Lk 4,18); er unterstützt und schützt die Bedrängten, die Fremdlinge, die Waisen und die Witwen.
29. Darum sagen wir Nein zu jeder kirchlichen Praxis oder Lehre, die die Armen und die Bewahrung der Schöpfung in ihrer Missionsarbeit nicht berücksichtigt, die deshalb denen, die „zu stehlen, zu schlachten und umzubringen“ (Joh 10,10) kommen, Beistand leisten, statt dem „guten Hirten“ zu folgen, der für das Leben aller gekommen ist (Joh 10,11). ...

Wir schließen einen Bund für Gerechtigkeit

37. Indem wir unseren Glauben gemeinsam bekennen, schließen wir einen Bund im Gehorsam gegen Gottes Willen. Wir verstehen diesen Bund als einen Akt der Treue in gegenseitiger Solidarität und verlässlichen Bindungen. Was uns verbindet, ist der gemeinsame Einsatz für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit, sowohl in unserem uns allen gemeinsamen globalen Kontext als auch in unserem jeweiligen regionalen und lokalen Umfeld. ...

Anmerkung 1): In Anlehnung an die Theologische Erklärung von Barmen 1934 und das Glaubensbekenntnis von Belhar 1982 verwenden die englischsprachigen Verfasser des Bekenntnisses von Accra das Wort „reject“, im Sinne des Verwerfens einer falschen Lehre, Ideologie, Doktrin bzw. eines Systems, einer Praxis oder Verhaltensweise. Deutschsprachige Delegierte zogen es vor, dieselbe Idee im Bekenntnis von Accra durch eine alternative Wortwahl zum Ausdruck zu bringen. Diesem Anliegen wurden die Übersetzenden dadurch gerecht, dass sie das Wort „reject“ in den Paragraphen 19, 21, 23, 25, 27, 29 und 31 mit dem Ausdruck „wir sagen Nein zu“ bzw. „wir weisen zurück“ wiedergegeben haben.

Aus: Reformierter Weltbund

24. Generalversammlung Accra, Ghana

30. Juli – 13. August 2004

Dokument 28-g1 „Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit“ („Covenanting for Justice in the Economy and the Earth“), www.warc.ch

OeRK und Vatikan: Gemeinsame Vorbereitung für Gebetswoche

Zum ersten Mal sind laut Medienmitteilung vom 29. Oktober 2004 die Texte, die als Vorbereitungshilfe für die Gebetswoche dienen, nicht nur gemeinsam von der Kommission des OeRK für Glauben und Kirchenverfassung und dem Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen vorbereitet, sondern auch gemeinsam herausgegeben worden.

Das Thema, das für die Gebetswoche 2005 vorgeschlagen wird, lautet „Christus, das eine Fundament der Kirche“ und stützt sich auf den 1. Korintherbrief 3,1–23. Die Texte für diesen Anlass wurden von Mitgliedern des theologischen Ausschusses des Oekumenischen Kirchenrats in der Slowakischen Republik vorbereitet. Die Gebetswoche für die Einheit der Christen findet traditionell vom 18.–25. Januar statt. In der südlichen Hemisphäre werden bisweilen andere Termine gewählt, wie z. B. die Pfingstzeit.

OeRK – Wachsende Pfingstkirchen

Der Weltkirchenrat muss sich ändern, wenn er sich den Realitäten der wachsenden Zahl von Christen und Christinnen der Pfingstkirchen in den Welt stellen will. Cecil M. Robeck, ein Vertreter der pfingsterlichen „Assemblies of God“ in den Vereinigten Staaten, erklärte anlässlich einer Tagung der Kommission „Glaube und Kirchenverfassung“ in Kuala Lumpur, die Kommission habe keinerlei Einfluss auf Pfingstler rund um den Globus. Es sei eben einfacher, sie zu ignorieren, als Zeit und Energie einzusetzen, sie einzuladen, so Robeck.

Der Weltkirchenrat, dem weltweit 342 Kirchen angehören, repräsentiert protestantische, anglikanische und orthodoxe Traditionen. In der Kommission „Glaube und Kirchenverfassung“ arbeiten auch offizielle Vertreter der römisch-katholischen Kirche mit. Wenn die Rede allerdings auf die stürmisch wachsenden Evangelikalen oder

Pfingstgemeinden komme, schweige die Kommission in der Regel, sei es aus Frustration oder aus mangelnder Hoffnung, so Robeck, das einzige Mitglied der Kommission aus einer Pfingstkirche.

Das Problem sei aber, dass die Pfingstkirchen auf absehbare Zeit ständig weiter wachsen werden, während die meisten Mitgliedskirchen des OeRK Mitglieder verlieren werden. „Was wird dann aus der Kommission, was aus dem Weltkirchenrat selbst?“ Die Pfingstkirchen gelten mit etwa 500 Millionen Mitglieder als die zweitgrößte christliche Gruppe nach den römischen Katholiken, mehr Anhängern also als Protestanten und Anglikaner zusammen.

„Auch wenn Sie es vielleicht nicht verstehen, aber es waren Ihre Kirchen, die die Pfingstgemeinden haben entstehen lassen“, so Robeck gegenüber Mitgliedern der Kommission. So wie die eigenen Kinder, denken sie anders, als die meisten erwarten. Die starken Vorbehalte wesentlicher Teile der evangelikalen und pfingstlerischen Gemeinschaften gegenüber der Oekumene beruhen auf ihrer US-amerikanischen Erfahrung und wurden von dort im 20. Jahrhundert in die ganze Welt exportiert.

Eine Reihe neuer Initiativen des Weltkirchenrates trage allerdings Früchte, besonders das weltweite Kirchenforum, an dem sich auch viele evangelikale und unabhängige Gruppierungen beteiligten. Robeck sagte, er sei überzeugt, dass der OeRK eine entscheidende Rolle für die Frage der Einheit der Christenheit zu spielen habe. Es ist heute ein Zeitpunkt erreicht, etwas zu tun; auch wenn es uns alle etwas kosten wird, sollten wir uns nicht vor der Herausforderung fürchten.

Dritte Europäische Oekumenische Versammlung:

Anfang September 2007 in Sibiu (Hermannstadt)

Der Zentralkomitee der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) beschloss auf Einladung der rumänischen Kirchen, die vorgeschlagene Dritte Europäische Oekumenische Versammlung (EÖV3) Anfang September 2007 in Sibiu abzuhalten.

Am Scheideweg verschiedener Kulturen in Transsylvanien, mitten im Zentrum von Rumänien, wird die Stadt Sibiu (=Hermannstadt) im Jahre 2007, zusammen mit Luxemburg, Europäische Kulturhauptstadt sein.

Ebenso wie bei den beiden vorhergehenden Versammlungen (Basel 1989 und Graz 1997) wird die EÖV3 gemeinsam von der KEK und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) einberufen werden. Es ist vorgesehen, dass die Versammlung selbst durch Veranstaltungen auf örtlicher, nationaler und regionaler Ebene, besonders anlässlich der Gebetswoche für die Einheit der Christen (18.–25. Januar) in den Jahren 2006 und 2007, vorbereitet wird. Die

Versammlung wird sich auf das gemeinsame christliche Zeugnis in Europa konzentrieren. Der genaue Wortlaut des Themas und Einzelheiten des Vorbereitungsprozesses werden auf der nächsten Sitzung des gemeinsamen KEK-CCEE-Ausschusses, der vom **3.-6. Februar 2005** in Chartres, Frankreich tagen wird, beschlossen.

Auf Einladung des Oekumenischen Patriarchats wird die nächste Tagung des KEK-Zentralausschusses vom **4.-10. Juni 2005** in Kreta (Griechenland) stattfinden.

Konferenz Europäischer Kirchen
150, Route de Ferney, CH-1211 Genf 20
Tel.: 0041-22-7916485 oder 7916325

Nigeria: Gemeinsame Anstrengung gegen die Korruption

In Nigeria haben sich die führenden Repräsentanten der christlichen Kirchen zusammengefunden, um gemeinsam gegen die Plage der Korruption Stellung zu nehmen. Sie äußerten ihre Überzeugung, dass ihr Land eine moralische wie eine geistliche Wiedergeburt brauche und zugleich eine soziale und wirtschaftliche Revolution. Eine solche Revolution könne erreicht werden durch effektive Antikorruptionsagenturen, durch beschleunigte Verfahren gegen Verdächtige, das Angehen der Armut und der Arbeitslosigkeit ebenso wie durch die rechtzeitige Zahlung der Entgelte für die ArbeitnehmerInnen.

Dr. Anthony Obinna, der römisch-katholische Erzbischof von Owerri in Ostnigeria, erklärte, dass Land sei augenscheinlich zurückgefallen in jene dunklen Tagen der Unterdrückung, der Bestechung und der Korruption, des Wahlbetrugs, der politischen Morde und des Verfalls einer guten Regierungsweise.

Gegenüber der Oekumenischen Nachrichtenagentur ENI erklärten die Kirchenvertreter, auch sie hätten eine Rolle und Aufgabe in dem nationalen Kampf gegen die Korruption. Dieser Kampf könne allerdings nur gewonnen werden, wenn die politischen und religiösen Führer auch selbst zu Vorbildern würden.

Pfr. Peter Akinola, der nationale Präsident der christlichen Vereinigung Nigerias, sagte dazu, dass der christliche Glaube nur aufgesetzt bleibe, wenn er konkrete Früchte trage. Wie könne es sein, „dass unsere Nation, die sich selbst für natürlich religiös hält, zu den korruptesten Ländern der Welt gehört“.

Dr. Wilson Badejo von der Foursquare Gospel Church äußerte, „jeder Sektor des Landes ist betroffen, die Investitionen internationaler Unternehmen werden verschoben, manche der Organisationen ziehen sich ganz aus dem Land zurück. Und in Bezug auf die nationale Sicherheit hat uns die Korruption schwer geschadet“.

Auch die Regionalversammlung der katholischen Bischöfe der englischsprachigen Länder Westafrikas erklärte auf einer Tagung

in Ghana zum Thema „Good Governance“ in einem Neun-Punkte-Programm, das Erzbischof John Onaiyekan von Abuja (Nigeria) vorstellte, es sei an der Zeit, dass die Führungen der Länder die Lage ihrer Völker verbessern. Viele korrupte und selbstverliebte Führer und ihre Entourage füllten ihre Taschen auf Kosten des Reichtums der Völker.

Pakistan: Gesetz gegen „Blasphemie“ wohl nicht zu verändern

Kirchenführer in Pakistan äußerten die Befürchtung, dass der neue Versuch der Regierung, das scharfe sog. „Blasphemie“-Gesetz zu stoppen, aufgrund der massiven Opposition islamischer Gruppen und Parteien wohl nicht zu verhindern sein wird.

Der römisch-katholische Erzbischof von Lahore, Lawrence Saldanha, zugleich der Präsident der Katholischen Bischofskonferenz des Landes, äußerte wenig Hoffnung in die Initiative des Präsidenten. Zwischenzeitlich sind bereits einige Christen wegen Blasphemie zum Tode verurteilt worden, obwohl das Gesetz auch lebenslängliche Haft erlaubt. Auch wenn in bislang allen Fällen höhere Instanzen diese Urteile umgewandelt haben, haben in einem halben Dutzend Fällen die Beschuldigten diese Revision nicht mehr erlebt, weil sie in der Zwischenzeit ermordet wurden, einige sogar nachdem sie freigesprochen worden waren. Der pakistanische Staatsminister, Raza Hayat Hiraj, hatte noch im Juli angekündigt, das Blasphemiegesetz werde aufgehoben, wie auch einige weitere Gesetze, die massiv missbraucht würden. Erst im Mai war der Katholik Samuel Masih gestorben, nachdem er mit einem stumpfen Gegenstand von den ihm im Krankenhaus bewachenden Polizisten geschlagen worden war.

Victor Azariah, Generalsekretär des Nationalen Rates der Kirchen in Pakistan, erläuterte in diesem Zusammenhang, dass die Regierung auf massiven Widerstand islamischer Gruppen stoße, bei ihrem Versuch, diese Bestimmungen zu verändern. Inzwischen forderte auch Cecil Choudhary, Koordinator der „Christian Organizations for Social Action“ in Pakistan, wie auch das „Joint Action Committee for Peoples Rights“ die vollständige Aufhebung aller dieser Bestimmungen und nicht nur ihre stückweisen Veränderung.

Kenia: Kirchen führend im Kampf gegen Hungersnot

Die Kirchen in Kenia haben die Führung im Kampf gegen eine mögliche Hungersnot im Land übernommen, nachdem die Regierung sich nur durch Untätigkeit auszeichnet. Mehr als drei Millionen Menschen sind inzwischen im ganzen Land betroffen.

Anglikaner, Katholiken, Methodisten und Presbyterianer und einige der großen Pfingstlergemeinschaften, haben damit begonnen, Lebensmittel aus Spenden ihrer Mitglieder zu verteilen. Dazu erklärte der anglikanische Erzbischof Benjamin Nzimbi, das Problem des Hungers müssten auch die Kenianer selbst angehen.

Heimo Laakkonen, Direktor des kenianischen Büros des VN-Kinderhilfswerks, vermutet, dass bis zu 1,2 Millionen Kinder betroffen sein könnten und nicht weiter zur Schule kommen könnten.

Die Kirchen sind aber auch bemüht, dauerhaft die Versorgungssituation im Lande zu verbessern und haben über ihre Strukturen begonnen, auf dem Lande bessere landwirtschaftliche Anbaumethoden zu propagieren. Im Osten Afrika hat es im Jahr 2003 und in Teilen des Jahres 2004 nur sehr wenig geregnet, so dass sich die Ernährungssituation sehr zugespitzt hat.

Nordkorea: Dramatischer Wandel für Christenheit

Obwohl Nordkorea eine extrem abgeschottete Gesellschaft sei, gebe es mehr Offenheit für das Christentum, als von außen oft gemeint werde, so jedenfalls Dr. Kim Yong-Bock von der Presbyterian Church of Korea (South), der einer der Moderatoren des Theology Department der World Alliance of Reformed Churches (WARC) und Direktor des oekumenisch-theologischen Instituts „Asia Pacific Graduate School for the Study of Life“ ist. Die Beschuldigung, zur Achse des Bösen zu gehören, wie es US-Präsident Bush tue, helfe dem Land nicht. Die Religionsfreiheit im Nordkorea nehme zu, eine Reihe von Kirchen zum Beispiel habe gebaut werden können, theologische Schulen seien geöffnet, die internationalen Kontakte zur weltweiten Christenheit wüchsen.

In Südkorea sind etwa ein Viertel der Bevölkerung Christen, Zahlen für Nordkorea gibt es nicht. Seit den 1990er Jahren gebe es verstärkten Kontakt zwischen Christen des geteilten Landes, auch die Christen beteiligten sich am Dialog um eine Wiedervereinigung des seit 1953 geteilten Landes.

Schon seit 1995 beten die Christen des Nordens und Südens am Sonntag vor dem 15. August um Frieden und Einheit. In diesem Jahr, aus Anlass des 60. Jahrestages des Endes der japanischen Besatzung und der Befreiung des Landes, haben die Kirchen des beiden Korea ein gemeinsames Gebet verfasst, in dem sie die schmerzvolle Geschichte der Trennung thematisieren.

Kanada: Debatte über Kirchenasyl

Die kanadische Ministerin für Fragen der Staatsangehörigkeit und der Einwanderung, Judy Sgro, hat die Kirchen des Landes auf-

gefordert, auch den Menschen, die der Staat abschieben wolle, weiterhin Asyl zu gewähren. In einem Schreiben an die Ministerin weisen die Kirchenvertreter darauf hin, dass es im ganzen Land Debatten über ihre Aufforderung gebe. Einige wenige Gemeinden hätten zu dem außerordentlichen Schritt des Kirchenasyls gegriffen, nachdem sie nach intensivem Studium und Gebet zu der Überzeugung gelangt seien, dass den Betroffenen schwere Verletzungen ihrer Menschenrechte und Gefahr für ihr Leben drohe.

Das eigentlich Problem, so KAIROS, die kanadische oekumenische Initiative für Gerechtigkeit, sei nicht das Kirchenasyl, sondern die immer noch fehlende Möglichkeit einer rechtsstaatlichen Überprüfung der staatlichen Entscheidungen in einem Berufungsverfahren.

Etwa 30 000 Verfahren, so Richard Chambers von KAIROS, seien noch immer unentschieden. In 50 % der Fälle von Kirchenasyl in Kanada in den letzten Jahren hätten die staatlichen Stellen am Ende eingestanden, dass sie im Irrtum gewesen seien.

Studentenweltbund: Solidarität mit den Opfern der Globalisierung

Der christliche Studentenweltbund hat dazu aufgerufen, sich stärker einzusetzen für diejenigen, die unter den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu leiden hätten.

„Mit den betroffenen Gemeinschaften zu leben und zu kämpfen, erzeugt Solidarität und ein tieferes Verstehen zwischen den christlichen Studentenverbänden und den marginalisierten Gruppen der Gesellschaft. Der Weltverband christlicher Studierender (WSCF), dessen 33. Weltversammlung im August in Thailand stattfand, rief insbesondere dazu auf, sich um Farmer, Arbeiter, Migranten, sog. „Unberührbare“ und Stammesgruppen zu kümmern. Im einem neuen Selbstverständnispapier, das auf der Versammlung beschlossen wurde, heißt es. „Der WSCF ist eine weltweite Gemeinschaft christlicher Studierendenverbände, die sich dem Dialog, der Oekumene, sozialer Gerechtigkeit und Frieden verpflichtet wissen“. Die Gemeinschaft hat Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen und der UNESCO.

Chinesische Regierung: Kirchen dürfen wachsen

Während die offiziell anerkannten Kirche in China rapide wachsen, wird dem Land weiter vorgeworfen, religiöse Gruppen seien Verfolgungen ausgesetzt. Diesen Vorwurf wies Ye Xiaowen, Staatsbeauftragter für Religiöse Angelegenheiten (SARA), bei einem Besuch in Finnland energisch zurück. Religion spiele eine positive Rolle in seinem Lande und trüge zur sozialen Harmonie in China bei. Sein Besuch fiel zusammen mit der Be-

kanntmachung protestantischer Bibelgesellschaften, in China seien für das China Christian Council (CCC) 30 Millionen Bibeln gedruckt worden. Ye vertrat die Überzeugung, dass das Wachstum der Religion sowohl dem Bevölkerungswachstum geschuldet sei, aber auch der Politik der chinesischen Regierung, sich zur Welt hin zu öffnen. Noch der „International Religious Freedom Report 2003“ des US-Außenministeriums und des Bureau of Democracy, Human Rights and Labor weist allerdings darauf hin, dass China versuche, die Religionsausübung einzuschränken und die religiösen Gruppen zu kontrollieren. Erst kürzlich wurden drei chinesische Christen wegen Landesverrats verurteilt, weil sie Informationen über ein Gerichtsverfahren an eine christliche Organisation in den USA weitergegeben hatten. Glaubt man Deng Fucun aus Hongkong, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalkomitees der Patriotischen Protestantischen Kirche in China (TSPM), werde im Ausland die religiöse Situation in China völlig falsch eingeschätzt und widersprach damit der Einschätzung vieler unabhängiger Beobachter und auch zahlreicher Zeugnisse aus China selbst.

Zur Zeit sind in China fünf Religionen und Religionsgemeinschaften offiziell anerkannt: Katholizismus, Protestantismus, Buddhismus, Islam und Taoismus. Das SARA sei beauftragt, über die Rechtmäßigkeit aller religiösen Aktivitäten zu wachen. Zwischen 1966 und 1979 waren sämtliche religiösen Aktivitäten in der Volksrepublik China verboten, heute jedoch wachse die Religion stark und schnell, geschätzt werden heute 100 Millionen Anhängerinnen und Anhänger von Religionen unter den 1,3 Milliarden Bürgern und Bürgerinnen des Landes.

Philippinen: Frage der Besteuerung der Kirchen weitet sich aus

Als Antwort auf den Aufruf eines katholischen Erzbischofs, die eisernen Reserven (i. e. beiseite geschafften Gelder) anzugehen, um dem Land zu helfen, in einer Situation, die Ökonomen als eine sich abzeichnende Finanzkrise bezeichnen, haben einige Parlamentsmitglieder die Kirche aufgefordert, ihren „enormen Reichtum“ mit der Nation zu teilen. Zugleich forderten sie, die Kirche hinfür zu besteuern. Der Erzbischof von Davao, Fernando Capalla, antwortete darauf, wenn man irgend etwas Besteuerndes in der Kirche fände, solle mal es tun. Wenn allerdings die katholische Kirche besteuert werde, müsse dies für alle Religionsgemeinschaften, den Besitz, die Schulen und sonstigen Einrichtungen gelten. Er schlug weiter vor, doch auf ein europäisches System der Finanzierung zurückzugreifen, Kirchensteuer und ihren staatlichen Einzug einzuführen sowie die kirchlichen Bediensteten durch den

Staat bezahlen zu lassen. Raul Gonzales, der Justizminister des Landes, äußerte, diejenigen kirchlichen Besitztümer, die nicht religiösen Zwecken dienten, könnten durchaus besteuert werden, um dem Staat in seiner akuten Finanzmisere zu helfen. Gloria Macapagal-Arroyo, die Präsidentin der Philippinen und eine praktizierende Katholikin, hat inzwischen die Debatte abgekühlt, indem sie betonte, die Kirche sei die Hüterin des spirituellen Erbes des Landes. Auch die nicht-katholischen Gemeinschaften haben sich in die Debatte eingeschaltet und zugesagt, in einen Notfonds einzuzahlen. Dies löse aber nicht die strukturellen Finanzsorgen des Staates, so der Präsident des Senates, Franklin Drilon, eine Situation, die durch massive Steuerflucht der großen Unternehmen entscheidend mit verursacht sei.

Bulgarien: Orthodoxie in tiefem Streit

Einen Monat, nachdem die Polizei kirchliche Besitzungen durchsucht hat und das Gelände, das in den Händen von „Dissidenten“ war, zwangsweise an die bulgarische orthodoxe Kirche übergeben worden war, setzt sich der Streit jetzt vor Gericht fort, mit ungewissem Ausgang für beide Seiten.

Im Juli hatte in einer landesweiten Aktion der bulgarische Generalstaatsanwalt zahlreiche kirchliche Besitzungen beschlagnahmt und Kirchen versiegelt, gegen den Protest und Widerstand der Priester. Nach Gesetz gehört sämtlicher Kirchenbesitz im Land der Heiligen Synode der bulgarisch orthodoxen Kirche unter ihrem Patriarchen Maxim. Es gibt die sog. „Alternative Synode“ unter Metropolitan Innokentii, die sich 1992 abspaltete, nachdem vergeblich versucht worden war, den bereits 1981 inthronisierten Patriarchen Maxim seines Amtes zu entheben unter dem Vorwurf der Kollaboration mit dem kommunistischen Regime. Nach der Aktion der Staatsanwaltschaft, die landesweite Debatten auslöste, kündigte die Alternative Synode an, sie werde vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ziehen. Auch der verantwortliche Generalanwalt wurde mit rechtlichen Schritten angegangen. Neben zahlreichen Kirchen gibt es inzwischen Protestzelte, in denen der Klerus der Alternativen Synode Gottesdienste feiert. Die Heilige Synode selbst hat es geschafft, etwa 20 Priester unter Gewährung einer Amnestie zur Rückkehr in ihre Kirchengemeinschaft zu bewegen.

(Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Presseedienste von OeRK, LWI, RWF und CEC.)

Aus oekumenischen NETZEN

► Bayern

Heilsame Alternativen

In einer immer größer werdenden Unübersichtlichkeit des Lebens und des wirtschaftlich verantwortlichen Handelns suchen viele Menschen auf dem konziliaren Weg für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung für sich weithin nach Lösungsansätzen, die tragfähig für den Einzelnen und die Gesellschaft sind. In einem öffentlichen Studientag versuchte das Oekumenische Netz Bayern auf seiner Jahresversammlung im Kloster der Missionsbenediktiner St. Ottilien im September 2004 mit „heilsamen Alternativen“ Hilfen anzubieten.

Das Grundsatzreferat hielt Prof. Dr. Wolfgang Berger, Karlsruhe, der selbst im Management von Großunternehmen tätig war, bevor er sich mit einer Unternehmensberatung selbstständig machte. Ausgehend von den Theorien Silvio Gesells setzte er sich mit dem gegenwärtigen Geld- und Wirtschaftssystem, das nur auf Gewinnmaximierung aus sei, auseinander und entwickelte dagegen die Theorie des „fließenden Geldes“: Nur Geld, das in „Arbeit“ im weitesten Sinn investiert wird, rentiert sich volkswirtschaftlich. Als Beispiel brachte er ausgerechnet das als „finster“ verschriene Mittelalter. Eine staatlich verordnete regelmäßige Geldentwertung führte zwischen 1150 und etwa 1300 zu wirtschaftlicher und kultureller Blüte, weil verdientes Geld gleich wieder ausgegeben oder in Projekte investiert wurde. Unterstützt wurde das System durch das damals biblisch begründete und ernst genommene Verbot des Zinsnehmens.

Die Vorstellung von Initiativen brachte Beispiele des Bemühens, heilsame Alternativen zu unseren gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensformen aufzuzeigen.

Seit Jahren sind Menschen in aller Welt bestrebt – bekannt sind die Beispiele aus den USA und Japan –, durch die Entwicklung von „Regionalwährungen“, die nur in ihrer Region gelten, dem Turbokapitalismus die Stirn zu bieten und die Wirtschaftskraft der eigenen Region zu stärken. Diesen Beispielen folgend entwickelte die Waldorfschule am Chiemsee die Regionalwährung des „Chiemgauer“: Gegen eine regelmäßige Gebühr kann der „Chiemgauer“ als regional geltende Währung erworben werden und ist Zahlungsmittel in regionalen Geschäften und Betrieben, die sich dazu bereit erklärt haben. Ziel ist dabei, auch hier durch diese Wirtschaftskraft die eigene Region zu stärken.

Die Initiative „Unser Land“ in den Landkreisen Fürstentfeldbruck, Dachau, Starnberg, München und Landsberg setzt auf den ökologisch korrekten Anbau von Getreide,

Gemüse und Obst zusammen mit der Tierzucht nur mit einheimischen Futtermitteln. Die damit produzierten Lebensmittel haben zwei Vorteile: Sie schmecken gut, sind gesund und haben keine lange Reise zwischen Produzent und Verbraucher hinter sich. Dass große Supermärkte inzwischen „Unser-Land“-Produkte als Standard führen, zeugt für den Erfolg dieser „heilsamen Alternative“.

Den spirituellen Ansatz einer heilsamen Alternative steuerte die Initiative „Aufbruch“ bei. Ausgehend von den Überlegungen Jakobowicz' in „Genuss und Nachhaltigkeit“ entwickelte sie Möglichkeiten in der Verantwortung vor Gott so zu leben, dass einerseits das eigene Wohlbefinden im „Genug“ sogar gestärkt wird, andererseits das Wohl von Gemeinschaft und Natur immer im Auge behalten werden kann. Eine Änderung unseres Lebensstils könnte auf die Länge ähnlich heilsame Auswirkungen für das Heil der Welt haben, wie die jetzige Lebensweise unheilvolle zeitigt.

Gudrun Schneeweiß, Untere Dorfstr. 36 C
82269 Geltendorf, Tel.: 0 81 93 / 99 99 11

► Bremen

Oekumenischer Stadtkirchentag Bremen

Mit einer großen Kraftanstrengung, die viele Menschen aus den Kirchen selbst zu Veranstaltungen und weiteren Beteiligungen mobilisierte, wurde der Oekumenische Stadtkirchentag in der Woche vom 19.–26. September realisiert. Unter dem Motto „Gesucht – das Beste für die Stadt“ wurden auf unterschiedlichsten Ebenen ca. 160 Veranstaltungen angeboten, die eine erstaunlich gute Resonanz durch Teilnahme und Presse hatten.

Themenfeld: „Gewalt überwinden und Frieden fördern“

Erfreulich das rege Publikumsinteresse im Rahmen der Veranstaltungsangebote zu „Gewalt überwinden und Frieden fördern“ etwa am Abend über „compassionate listening“, der der Versöhnungsarbeit zwischen Deutschen und Juden gewidmet war. Ein sehr dichtes – theologisch herausforderndes und herzbewegendes – Gespräch führten unter der Moderation von Geiko Müller-Fahrenholz der aus Deutschland geflohene, später in Coventry wirkende anglikanische Priester Paul Oestreicher und der südafrikanische anglikanische Bischof Rubin Phillip,

der im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Durban Gast des Stadtkirchentages war. Einen tief empfundenen Dank an das Anti-Apartheidengagement kirchlicher Gruppen in der Bundesrepublik wie auch der weiteren oekumenischen und internationalen Gemeinschaft äußerte Bischof Phillip. Die unblutige Überwindung des Apartheidregimes sei durch Druck von außen neben dem singulären Einfluss der Persönlichkeit Nelson Mandelas möglich geworden. In der Arbeit der Wahrheits- und Versöhnungskommission sei die Grundlage für das neue Südafrika geschaffen, da sich die Opfer nicht von Schuldbekennnissen der Täter diktieren ließen, ob sie verzeihen könnten und zur Versöhnung bereit seien. Durch den Vergleich in der gesellschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit zwischen Südafrika und Deutschland stellte Paul Oestreicher in seinem Urteil Achtung und Anerkennung für die über Jahrzehnte errungene Kultur des Erinnerns und Gedenkens in der BRD heraus.

Einen konkreten Beitrag zur Fortführung des Stadtkirchentagsmottos „Gesucht – das Beste für die Stadt“ leisteten die TeilnehmerInnen der Veranstaltung „Extremfall – Alltag – Tabu – Gewalt in der Altenpflege“ aus Pflegeeinrichtungen, Behörden und PatientInnenvertretungen, die sich zur Weiterarbeit verabredeten.

Ausblick

Ein neu gegründeter Arbeitskreis will den im Frühjahr in Genf von hochrangigen Israelis und Palästinensern erarbeiteten Entwurf eines Friedensvertrages in der Bremer Öffentlichkeit als Friedenshoffnung bekannt machen.

Das Gründungsmitglied der Oekumenischen Initiative Bremen, Dr. Rita Korhammer, wird anlässlich ihres 75. Geburtstages am 15. November u.a. durch einen Festvortrag von Bischöfin Dr. Margot Käßmann, mit der sie zusammen 1983 Delegierte der EKD in Vancouver war, geehrt. „Oekumene: Globalisierung von Gerechtigkeit – Zur Rolle der Kirchen(frauen)“, so der Titel des Vortrags.

Im Februar/März 2005 wird – nach den guten Erfahrungen im Frühjahr 2004 – erneut ein Veranstaltungszyklus zu Afrika mit dem Titel „Afrikanische Visionen“ aufgelegt. Er wird begleitet von der Ausstellung „Zurück ins Leben“, die zeigt, wie in Ruanda nach dem Völkermord neu das Leben zu wagen ist.

Oekumenische Initiative Bremen, Forum Kirche
Uwe Ihssen, Hollerallee 75, 28209 Bremen

► Niedersachsen

Oekumenische Pilgerfahrt mit dem Fahrrad

Unter dem Motto „Grenzerfahrungen“ führte die 3. Fahrradpilgerfahrt im Zeichen des Konziliaren Prozesses, veranstaltet vom AK Konziliarer Prozess der Konföderation ev. Kirchen in Niedersachsen, entlang der Elbe von der Salzstadt Lüneburg in Niedersachsen zur Salzstadt Salzwedel in Sachsen-Anhalt. Insgesamt 70 Menschen im Alter zwischen neun und 75 Jahren nahmen vom 11.-18. Juli 2004 daran teil. Wir übernachteten in Kirchen und Gemeindehäusern, begannen und beendeten den Tag mit einer Andacht und erlebten die ehemalige DDR-Grenze wie auch die Grenze, die uns von der Schöpfung bei der Nutzung der Atomenergie gesetzt sind, hautnah. Im Wendland trafen wir Menschen, die seit vielen Jahren im Widerstand gegen diese lebensverachtende Technik arbeiten.

Die Menschen in den Gemeinden in Arendsee und Salzwedel erzählten uns von ihrem Leben während der DDR-Zeit und auch von ihren Schwierigkeiten nach der Wende.

Aber auch die Schönheit der Natur, die Weite der Elblandschaft, die Gemeinschaft beim Pilgern mit dem Fahrrad und die überall erfahrene, überwältigende Gastfreundschaft waren Erlebnisse, die uns bereichern haben.

Arbeitskreis Konziliarer Prozess der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen
Susanne Bergengruen, Alabasterweg 10
30455 Hannover

► Rhein Mosel Saar

„Globalisierung im Alltag – Das Ganze verändern!“

Eine gemeinsame Tagung unter diesem Thema veranstalteten das Oekumenische Netz Rhein-Mosel-Saar und das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk ELAN e.V. Damit wurde ein gemeinsamer Schwerpunkt beider Organisationen weiterverfolgt.

Ziel der Tagung war – neben einer thematischen Einführung – ein erstes Resümee der Arbeit zu ziehen, die gewonnenen Erkenntnisse zu diskutieren und Perspektiven zu entwickeln. Auf der damit verbundenen Mitgliederversammlung des Netzes wurde der Konsultationsprozess „Das Ganze verändern!“ anschließend weiter beraten.

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Pfarrer-Werner-Mörchen Str. 1, 56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41-40, Fax: - 41
oekumenisches.netz@t-online.de

► Württemberg

Rastplätze

Wir sind in unserem Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auf einem guten Weg – und wir sind nicht allein unterwegs! Gott sei Dank! Auf diesem Weg gibt es zum Glück auch „Rastplätze“, an denen wir uns treffen, uns austauschen und uns ermutigen lassen können. So ein Rastplatz wurde die Eröffnung der Friedensdekade für Baden-Württemberg durch die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), die zum Thema „Recht ströme wie Wasser“ am 6. November 2004 im Rottenburger Dom St. Martin stattfand. Vor dem Gottesdienst traf sich das Netz zum Austausch, um eigene Schwerpunkte zu diskutieren. Wo können wir aktiv werden zur Überwindung von Gewalt? Welche offenen Fragen geben wir unseren Delegierten mit nach Freising? Worüber will die Basis mit den Kirchenvertretern diskutieren?

Im kommenden Jahr ist die Mitte der Dekade erreicht. Damit sind wir an einem Punkt, an welchem ein kritischer Rückblick sinnvoll ist: Was haben wir gelernt? Welche Schritte müssen folgen? Diesen Fragen wird sich eine Konsultation widmen, die gemeinsam von der bundesweiten ACK und den oekumenischen Basisgruppen im konziliaren Prozess organisiert wird, und zwar vom 7.-9. April 2005 im Kardinal-Döpfner-Haus, Freising: „Gerechter Friede – Leben in einer gefährdeten Welt“. Diese Konferenz stellt wiederum eine Etappe auf dem Weg dar, die von KEK und CCEE vorbereitet wird zur 3. Europäischen Oekumenischen Versammlung in Sibiu in Rumänien im Jahr 2007.

Oekumenisches Netz Württemberg
c/o Johanna Moltmann-Hermann und Christiane Lunk
Riedhöfe 2, 88410 Bad Wurzach, Tel.: 0 75 64 / 44 79
Fax: 93 69 85, oenw.hermann@gmx.de

► Nordelbien

Keine Überwindung von Gewalt ohne Kritik am Militär Kriegsdienstverweigerung in der Dekadearbeit nicht unterstützt

Die Solidarische Kirche in Nordelbien hat im Jahr 2001 ihre Arbeit in der OeRK-Dekade zur Überwindung von Gewalt mit der Erneuerung des Aufrufs zur Verweigerung aller Kriegsdienste auf allen Ebenen bekräftigt. In einer im März 2002 veröffentlichten Erklärung (vgl. OID 2002/2) kritisierte die Solidarische Kirche, „der Frage, ob Kirche zu der Umwandlung einer Verteidigungsarmee in eine Angriffs- und kriegsfähige Armee Ja oder Nein sagen muss, wird ausge-

wichen. Die Zustimmung zu militärischen Lösungen und der fehlende laute Protest gegen die Militarisierung der deutschen Innen- und Außenpolitik beschädigt die Glaubwürdigkeit der Kirche gerade auch gegenüber Jugendlichen, wenn sie zur Dekade zur Überwindung von Gewalt aufrufen will.“

Inzwischen haben Mitglieder der Solidarischen Kirche in Nordelbien an verschiedenen Orten die Weiterarbeit in der Dekade mitverfolgt und festgestellt, dass der Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung in den Stellungnahmen anderer Initiativen und kirchleitender Gremien nicht aufgenommen, geschweige denn unterstützt wird. Im Schwerpunktkatalog der kirchlichen Dekade-Arbeitsstellen und auch im Forenspektrum der Dekade für den Kirchentag taucht das Thema „Militär und Militarisierung“ nicht auf.

Wenn nicht jetzt wenigstens in der zweiten Hälfte der Dekade die Problematik progressiv benannt und als zentrales Arbeitsfeld ausgewiesen wird, vertun die Kirchen ihre Chance. Es wird keine Überwindung von Gewalt ohne Kritik am Militär geben.

Die Formulierungen im Entwurf zur EU-Verfassung klopfen die Entwicklung fest, die der Militarisierung einen Vorrang zuschreibt, den wir doch schon überwunden zu haben glaubten.

Wir sollten uns die angeblich alternativlose Notwendigkeit nicht wegen einer vorgeblichen Überwindung des Terrorismus einreden lassen. Nicht ein alles rechtfertigender Kampf gegen „Terroristen“ ist angesagt, sondern der Kampf um gerechte Lebensmöglichkeiten für alle Menschen.

Solidarische Kirche in Nordelbien, c/o Ekke Fertkötter
Porrendeich 6, 25889 Uelvesbüll
Tel. und Fax: 0 48 64 / 704

Aus Gruppen und Bewegungen

► ACK



„Gerechter Friede – Leben in einer gefährdeten Welt“

Zur Mitte der Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001–2010) lädt die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Zusammenarbeit mit den oekumenischen Basisgruppen im konziliaren Prozess zu einer Konsultation

„Gerechter Friede – Leben in einer gefährdeten Welt“ ein. Sie findet vom 7.–9. April 2005 (Donnerstag bis Samstag) in Freising statt.

Die Konsultation soll keine neuen Papiere erarbeiten, sondern versuchen, auf der Grundlage der Erkenntnisse der ersten Dekadehalbjahrzeit eine Perspektivagenda bis 2010 zu entwerfen. Zugleich möchte sie einen Beitrag leisten zur Vorbereitung der 3. Europäischen Oekumenischen Versammlung 2007. Eingeladen werden sollen 150 Personen.

Oekumenische Zentrale, ACK, Ludolfstr. 2–4
60487 Frankfurt/Main, Tel.: 069/247027-0
www.oekumene-ack.de

► Dietrich-Bonhoeffer-Verein



Bundestag will Militärseelsorge loben

Am 6. Februar 2006 wird die Katholische Militärseelsorge ihr 50-jähriges Jubiläum mit der Erinnerung an die Ernennung des ersten Militärbischofs nach dem Kriege feiern. Aus diesem Anlass wird gegenwärtig als eine Art „Festgabe“ ein Beschluss des Deutschen Bundestages vorbereitet. Ein erster Textentwurf des Beschlussantrages „Die Militärseelsorge anerkennen und würdigen“ liegt vor (www.dietrich-bonhoeffer-verein.dike.de). Es handelt sich um eine Initiative von MdB Christa Reichard aus Dresden. Die vorklärenden Gespräche mit allen Fraktionen haben begonnen.

Der dbv hat sich mit dem vorliegenden Antragsentwurf auseinander gesetzt und lehnt ihn aus folgenden Gründen ab:

- Der Entwurf ist Lobhudelei; er verschweigt die kontroversen Positionen, die in den seit der Wende geführten Diskussionen um die Reform der Militärseelsorge sichtbar geworden sind;
- er verschweigt die breit geäußerte Kritik und den Wunsch maßgeblicher Kirchenkreise nach Veränderung; die Mehrheit der evangelischen Christen und der evangelischen Synoden hatte sich für eine Reform ausgesprochen;
- er verschweigt den strukturellen Reformbedarf für die Militärseelsorge; die Verfassungswidrigkeit des staatlichen Beamtenstatus der Militärpfarrer wird ignoriert; der Lebenskundliche Unterricht und die Auslandseinsätze der Militärpfarrer sollen weiter ohne eine vertragliche Regelung bleiben;
- der Antrag dient somit in keiner Weise

einer abschließenden Befriedung des Diskussionsprozesses; da mit den Reformwünschen ein Stück Identität der ostdeutschen evangelischen Landeskirchen verbunden war, würde durch die Annahme des Antragsentwurfes die Verbitterung in den neuen Bundesländern und eine Zunahme der latenten Ost-West-Spannungen in Deutschland befördert; ein solcher Bundestagsbeschluss könnte als Signal einer endgültigen „Niederlage“ der östlich geprägten evangelisch-kirchlichen Traditionen verstanden werden.

1989/90 hatten sich die ostdeutschen Landeskirchen geweigert, den Militärseelsorgevertrag (MSV) in ihrem Kirchengebiet anzuwenden. Auch in den westdeutschen Landeskirchen gab es starke Widerstände. Die Gremien der EKD verständigten sich seinerzeit auf ein gemeinsames Reformkonzept. Die Umsetzung dieses Konzeptes scheiterte jedoch an dem Veto des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, der in den Gesprächen mit den Vertretern der Kirche am 29. Juni und 28. August 1995 jede Änderung des Militärseelsorgevertrages (MSV) ablehnte. Seit damals steht dieses Veto unwidersprochen im Raum. Die Forderungen der ostdeutschen und vieler westdeutscher Landeskirchen sind bis heute nicht eingelöst. Der Antragsentwurf unterschätzt die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand.

Der DBV weist darauf hin, dass der Staat erst den Mehrheitswillen der Evangelischen Kirche zurückweist und jede Änderung des Militärseelsorgevertrages ablehnt, anschließend will er den von den Christen gar nicht gewünschten Zustand ausdrücklich loben – um der kirchlichen Öffentlichkeit ihre Ohnmacht vor Augen zu führen. Der DBV sieht darin den Versuch, die Kirche durch Vergünstigungen und Privilegien mundtot zu machen. Der Beschlussantrag für den Bundestag winke mit einer Verstärkung der finanziellen Unterstützungen und institutionellen Förderungen für die Militärseelsorge. Eine Militärseelsorge, die sich vom Staat einbinden und den Zwecken des Staates dienstbar machen lasse, solle belohnt werden. Es handele sich hier um ein Zuviel an staatlicher Unterstützung, dem sich die Kirche entschieden verweigern sollte.

Mit Blick auf das Friedensengagement der Kirchen beklagten schon jetzt viele Christen, dass ihre Kirchenleitungen zu wenig deutlich Schritte anmahnen. „Je mehr sich die Kirchen für die Militärseelsorge umgarnen lassen, desto weniger werden sie ihre Stimme in der Friedensfrage und gegenüber der Sicherheitspolitik der Bundesregierung kritisch erheben können.“

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein hat sich an alle Bundestagsabgeordneten gewandt und sie aufgefordert, dem geplanten Bundestagsbeschluss nicht zuzustimmen.

dbv, Am Heienberg 2, 65193 Wiesbaden
Tel: 06 11 / 54 21 79, Fax: 9 54 59 11
dietrich-bonhoeffer-verein@dike.de
www.dietrich-bonhoeffer-verein.dike.de

► Versöhnungsbund



„Gewaltfrei gegen Krieg“

Die sich international ausbreitende Kultur der Gewalt wurde auf einer Tagung des Versöhnungsbundes heftig kritisiert, zu der auch der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und der Friedenskreis Halle nach Magdeburg eingeladen hatten, unter dem Motto „Pazifismus heute – Gewaltfreiheit angesichts von Krisen und Kriegen“.

Der französische Philosoph Prof. Jean-Marie Muller machte in seinem Eröffnungsvortrag deutlich, dass Gewaltfreiheit eine aktive Kraft gegen Unrecht und Gewalt darstelle und alles andere als ein Verharren in Hilflosigkeit bedeute.

Welchen Herausforderungen sich diese Kraft heute stellen muss, wurde in fünf weiteren Referaten deutlich: So kritisierte Christine Schweitzer, Research und Planning Director bei der „International Nonviolent Peaceforce“, einer im Aufbau befindlichen gewaltfreien Interventionsgruppe, dass heute immer mehr Kriege als „Humanitäre Intervention“ gerechtfertigt würden. Dabei ständen den Diskussionen im Vorfeld eines Krieges wie z. B. gegen Serbien meist keine Erfolgsüberprüfungen nach den Militärinterventionen gegenüber. Sie würden jedoch langfristig keine Befriedung der Konflikte erreichen, weder im Kosovo noch in Afghanistan, und offensichtlich erst recht nicht im Irak.

Colin Archer, der Generalsekretär des Internationalen Friedensbüros in Genf, kritisierte die Tendenz der UNO, sich trotz ihres Auftrages zum Frieden immer stärker dem Druck zum Einsatz militärischer Mittel zu beugen. Er mahnte eine echte Reformation der UNO an, die nicht einfach in der Ausweitung der Mitglieder und Kompetenzen des Sicherheitsrates liegen könne.

Gemeinsam brachten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die gewaltfreien Möglichkeiten in nahezu allen Konflikten, die zur Begründung angeblich „humanitärer“ militärischer Einsätze genannt werden, nicht ausgeschöpft wurden. Dabei wurden genannt:

- die vorbeugende Arbeit an der Überwindung der Bedingungen, die Gewalt und Krieg erst möglich machen;
- der Einsatz von Vermittlern, um den Dialog und die Mediation zwischen den Konfliktparteien in Gang zu setzen;
- der gewaltfreie Widerstand und die Verbreitung seiner Methoden;

- der beharrliche Einsatz zum Abbau struktureller Gewalt durch die Arbeit an gerechten Verhältnissen in der Gesellschaft und in der Weltwirtschaft.

Es wurde dankbar anerkannt, dass die Bundesregierung erste kleine Schritte zum Aufbau von Fähigkeiten zur zivilen Konfliktbearbeitung unternimmt: So seien in den letzten Jahren weit über 100 Fachkräfte für den zivilen Friedensdienst ausgebildet worden. Ein Aktionsplan für „Zivile Krisenprävention, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung wurde begrüßt.

Die Tagungsteilnehmenden stimmten darin überein, dass die Würde jedes einzelnen Menschen, selbst derer, die Unrecht tun und Gewalt üben, unantastbar sei und dass auch ihr Leben zu schützen sei - in der Hoffnung auf die Veränderbarkeit ihres Tuns.

Eine „PISA-Studie“ über Friedensfähigkeit!

Der Internationale Versöhnungsbund, Deutscher Zweig, fordert eine „PISA-Studie“ über Friedensfähigkeit der SchülerInnen in den OECD-Ländern. Analog zu PISA sollen die Kompetenzen und Qualifizierungen der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf soziales Verhalten, Respekt der Menschenwürde, politische Bildung und kosmopolitisches Denken europaweit untersucht werden. Daraus sollen dann die entsprechenden bildungspolitischen Konsequenzen gezogen werden, fordert Ullrich Hahn, Vorsitzender des Deutschen Versöhnungsbundes. Diese wissenschaftliche Studie ASSISI (Assessment of Social Intelligence, Solidarity and Internationalism) soll Standards für soziales, interkulturelles Lernen, Friedenserziehung und politische Bildung entwickeln und die Qualität der Bildungssysteme unter diesem Gesichtspunkt überprüfen. In der Folge sind länderspezifische Maßnahmen zu entwickeln, um alle Staaten auf ein möglichst hohes Niveau bezüglich Friedenserziehung zu bringen.

Der Versöhnungsbund, der auf eine 90-jährige Tradition des Engagements für Frieden zurückblicken kann, möchte mit dem Projekt ASSISI eine Debatte über Erziehung zum Frieden in einer globalisierten Welt anregen.

Internationaler Versöhnungsbund Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel.: 05 71 / 85 08 75, Fax: 8 29 23 87
versoenungsbund@t-online.de
www.versoenungsbund.de

► Oekumenische Basisgruppen

„Für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Natur“ – Erstes Deutsches Sozialforum im Juli 2005

Die Oekumenischen Basisgruppen, vertreten durch Heiko Lietz, beteiligen sich an der Vorbereitung des ersten deutschen Sozialforums. Es soll vom **14.–17. Juli 2005** in Erfurt stattfinden. Dort traf sich auch die letzte bundesweite Oekumenische Basisversammlung. Als Titel wurde in Anlehnung an den konziliaren Prozess und an die Ergebnisse des Rio-Prozesses „Für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Natur“ gewählt.

Zwischen 2001 und 2004 trafen sich bereits jeweils Zehntausende von Menschen in Porto Alegre/Brasilien und Mumbai/Indien, um Alternativen zur augenblicklichen Form der Globalisierung zu diskutieren. Im November 2002 kam es zum ersten Europäischen Sozialforum in Florenz/Italien, ein Jahr später folgte das zweite in Paris/Frankreich. Als Folge davon entstanden auch in Deutschland lokale Sozialforen.

Ein geladen wird von der „Initiative für ein Sozialforum in Deutschland“. Erwartet werden in Erfurt über tausend TeilnehmerInnen. Vorbereitend soll auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover am Sonnabend, dem **28. Mai 2005**, eine Veranstaltung angeboten werden.

Vorgesehen sind für Erfurt bislang vier Themenbereiche:

- Zukunft der Arbeit (Zukunft der Erwerbsarbeit, soziale Sicherung; Recht auf Einkommen; Recht auf Arbeit; Sozialstaat oder öffentliche Daseinsvorsorge für alle, Privatisierung usw.);
- Deutschland in der Welt (u.a. der neue Griff nach der Weltmacht; Rolle gegenüber den Ländern des Südens; Rolle in der EU; Krieg und Frieden; Dialog der Religionen)
- Bürgerschaft und politische Teilhabe (u.a. Bürgerrechte, soziale Rechte als Menschenrechte; Dialog zwischen sozialen Bewegungen und Parteien);
- anders leben (u.a. solidarische Ökonomie; nachhaltiges Wirtschaften; Gentechnik; das gute Leben).

Weitere Informationen unter www.dsf-gsf.org sowie www.sozialforum2005.de

► Oekumenischer Dienst/Schalomdiakonot

„Von Quellen und Wurzeln gewaltfreien Handelns“

Unter diesem Titel ist im Herbstprogramm 2004 des Lembeck-Verlags eine 75-seitige Broschüre über „Zugänge zur Spiritualität im Oekumenischen Dienst“ (so der Untertitel) erschienen, herausgegeben vom Oekumenischen Dienst Schalomdiakonot (OeD).

Was bedeutet „Spiritualität“ für den OeD? Wie macht sie sich bemerkbar in seinen Kursen für gewaltfreie Konfliktbearbeitung, die er seit 1994 anbietet? Was kennzeichnet eine solche Spiritualität der Gewaltfreiheit auf dem Feld interreligiöser Begegnung und Kooperation, das sich der OeD als christliche Friedensorganisation mehr und mehr erschließt? Und wie lässt sie sich leben und vermitteln in einer (welt-)politischen Situation, die stark geprägt ist von Krieg, Terror und Feindbildern, von Verteilungskämpfen, Leistungs- und Konkurrenzdruck?

Christlich-islamischer Grundkurs

Unter Federführung des Oekumenischen Dienstes Schalomdiakonot (OeD) wird derzeit ein Curriculum für einen christlich-islamischen Grundkurs entwickelt, der im Jahre 2005 vom Bundesinnenministerium gefördert wird. Wir suchen schon jetzt Interessierte, die ab September 2005 an dem Grundkurs teilnehmen wollen. Sie sollten noch keinen OeD-Grundkurs besucht haben und als MultiplikatorInnen in der christlich-islamischen Friedensarbeit tätig werden wollen.

Kontakt: OeD, Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 0 56 94 / 80 33, schalomdiakonot@t-online.de

► Oekumenische Initiative Eine Welt



Hat die Welt ein Gewissen?

Mit der Erd-Charta und dem Weltethos von Hans Küng liegen zwei interessante und viel diskutierte Entwürfe zu einer globalen Ethik vor, die aber bisher nur wenig miteinander im Gespräch sind.

Die OeIEW (als deutsche Koordinierungsstelle der internationalen Erd-Charta-Initiative) veranstaltet nun in Kooperation mit dem Berliner Büro der Stiftung Weltethos

Stiftung Oekumene

Gemeinsam für Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der Schöpfung

und der Evangelischen Akademie zu Berlin eine Tagung zum diskursiven Vergleich der beiden Initiativen: Gibt es gemeinsame Wurzeln? Wo sind inhaltliche Gemeinsamkeiten? Wo unterscheiden sich die Dokumente? In welchen gesellschaftspolitischen Kontext stehen diese Initiativen zu einer globalen Ethik heute und welche Resonanz finden sie? Welche Weiterentwicklungen sind denkbar? Die Tagung findet vom **11.-13. Februar 2005** in der „Diakonischen Akademie“, Berlin-Pankow statt. Zum Auftakt spricht Prof. Dr. Günter Altner aus Heidelberg über: „Albert Schweitzer als Wegbereiter der Erd-Charta- und Weltethos-Bewegung“. Für einen musikalischen Rahmen der Tagung sorgt Paul Mertens mit einer internationalen Musikgruppe.

Weitere Informationen zum Programm der Tagung erhalten Sie im Büro der OeIEW oder bei der Evangelischen Akademie zu Berlin: www.eaberlin.de

„Wasser ist Leben“ – unter diesem Motto steht die nächste Jahrestagung der OeIEW vom 15.-17. April 2005 in Warburg.

Wasser ist das primäre, dynamische Medium, das die globalen Energieströme verteilt und die Stoffkreisläufe regelt. Das Funktionieren dieses Systems ist für die menschliche Existenz wie auch für die gesamte Schöpfung unabdingbar. Dieses System, diese Dynamik ist jedoch aktuell vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt. Einige davon wird die OeIEW-Jahrestagung 2005 näher beleuchten. Zentraler Fokus der Tagung ist die Frage des Zugangs zu sauberem Wasser als Menschenrecht für alle, der Pfarrerin Dr. Ruth Gütter aus Kassel in einem Referat am Samstag Vormittag nachgehen wird. Die anschließenden Workshops werden u. a. Möglichkeiten und Beispiele aufzeigen, der zunehmenden Privatisierung der Wasserversorgung in Deutschland wie auch weltweit zukunftsfähige Alternativen entgegenzusetzen.

Für Samstag Abend ist eine Konzertlesung mit „Grupo Sal“ und Siegfried Pater unter dem Titel „Wasser ist Leben“ geplant, die auch unabhängig von einer Teilnahme am Rest der Tagung besucht werden kann.

Kontakt: Oekumenische Initiative Eine Welt
Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen
Tel.: 0 56 94 / 1417, info@oeiew.de, www.oeiew.de

► gepa – Fairer Handel

„Sternsinger“ werden Mitgeschafter

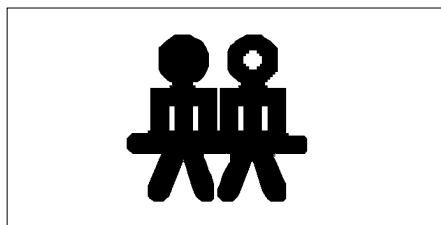
Das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ wird Gesellschafter des gepa-Fair-Handelshauses. Damit wird sich die Anzahl der kirchlichen Organisationen, die Eigentümer des gepa-Fair-Handelshauses sind, auf fünf erhöhen: Gegründet wurde die gepa vor 29 Jah-

ren von den kirchlichen Jugendverbänden und Hilfswerken wie der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland (aej), dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) sowie Misereor und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (eed).

Außerdem wurde die neue „Star-Kids“-Schokolade vorgestellt, die das Kindermissionswerk zusammen mit der gepa produziert hat. „Für das Kindermissionswerk bedeutet das Engagement im Fairen Handel der gepa einen wichtigen Baustein seiner Arbeit“, so Dr. Gotthard Kleine, Geschäftsführer des Kindermissionswerks. „Unsere Aufgabe ist es, uns weltweit für Kinder einzusetzen, die teilweise unter sehr schlechten Bedingungen leben. Mit der ‚Star-Kids‘-Schokolade können wir unsere Arbeit ganz konkret mit dem Fairen Handel verbinden und eine Brücke von Kindern hier zu Kindern im Süden schlagen“. Die gepa handelt als größte europäische Fair-Handelsorganisation seit 29 Jahren mit Genossenschaften und sozial engagierten Privatbetrieben aus Lateinamerika, Afrika und Asien zu fairen Preisen und langfristigen Lieferverträgen. Gesellschafter sind Misereor, der Evangelische Entwicklungsdienst (eed) sowie die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland (aej) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).

Kontakt: gepa, Fair-Handelshaus
Tel.: 02 02 / 266 83 60-64, Fax: 26 68 32
presse@gepa.org

► Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt



Neue Ausstellung der ASW: Frauen und Frauenförderung in Afrika, Indien und Brasilien

Die formelle Gleichstellung von Frauen in vielen Ländern und der weltweite Anstieg weiblicher Erwerbstätigkeit dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Situation der Frauen in den vergangenen 20 Jahren nicht verbessert hat. In weiten Teilen der Südhalbkugel hat sie sich sogar verschlechtert:

Frauen sind ungleich stärker von Armut betroffen als Männer. Sie arbeiten ganz ohne oder für wenig Lohn. Zwei Drittel der Alphabeten sind Frauen. Frauen sind in und außerhalb der Familie männlicher Gewalt

ausgesetzt. Frauen haben weniger Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten als Männer. Aber Frauen nehmen diese Zustände nicht klaglos hin. Die ASW fördert Projekte, in denen Frauen für Arbeits- und Landrechte kämpfen und Bildungschancen eröffnen, Initiativen, die Frauen rechtlichen Beistand oder Workshops zur Bekämpfung häuslicher Gewalt anbieten; sowie Basisorganisationen, die die Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen fördern.

Die Ausstellung „Frauen verändern ihre Welt“ stellt die Arbeit solcher Initiativen vor. Sie illustriert mit Bildtafeln im Format DIN A2 die Situation von Frauen in Indien, Brasilien und in drei afrikanischen Ländern (Senegal, Burkina Faso und Südafrika). Sie zeigt Frauen, die sich zusammengeschlossen haben um für ein Leben ohne Gewalt zu kämpfen und die sich für eine Teilhabe an sozialen und politischen Prozessen und für bessere Bildungs- und Existenzchancen einsetzen.

Die Ausstellung ist modular aufgebaut und umfasst in ihrer Grundversion 15 Bildtafeln mit erläuternden Texten.

Drei Tafeln informieren über Frauen im Süden und über Frauenförderung (Einleitungsmodul).

Drei thematische Module (Partizipation von Frauen, Einkommen/Bildung und Gewaltprävention) mit jeweils einer Tafel führen ins Thema ein. Zu jedem dieser thematischen Schwerpunkte zeigen wir beispielhaft drei Projekte: ein afrikanisches, ein brasilianisches und ein indisches. Jedes thematische Modul umfasst somit vier Tafeln. Die Ausstellung kann auch nach Regionen – Indien, Brasilien, Afrika – bei uns bestellt werden. Jedes regionale Modul umfasst ebenfalls vier Tafeln. Sie können somit statt der Grundversion der Ausstellung mit 15 Tafeln eine Teilversion zu einem der thematischen Schwerpunkte oder zu einem der Länder bestellen: Das wären jeweils sieben Tafeln.

Personen und Organisationen, die unsere Kampagne „Frauen verändern ihre Welt“ aktiv unterstützen, erhalten die Ausstellung kostenlos. Ansonsten fallen die bei uns üblichen Leihgebühren an: 10,- Euro für die Ausstellung in der Standardversion, die kleinere Variante verleihen wir für 8,- Euro. Dazu kommen die Portogebühren.

Kontakt: ASW, Angelika Harner, mail@aswnet.de
Tel.: 0 30 / 25 94 08 01

Stiftung Oekumene

Konto 100 008

BLZ 500 502 01

bei der Frankfurter Sparkasse

Oekumenische Netze im konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST wird von den unten aufgeführten Netzen unterstützt.

Baden

Oekumenisches Netz Baden
Wolfgang Lenssen, Köndringer Str. 10
D-79331 Teningen-Heimbach
Tel.: 076 41 / 57 32 80 (p)
Tel.: 076 41 / 4 13 35 (d)

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13
D-90559 Burgthann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen
in forum Kirche
Hollerallee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
c/o Ekke Fetkötter, Porrendeich 6
D-25889 Uelvesbüll
Tel./Fax: 0 48 64 / 7 04

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
c/o Pfr. Reiner Weiß
Obere Sommerbachstr. 8
D-34225 Baunatal
Tel.: 0 56 01 / 84 35

Niedersachsen

Oekumenisches Netz in Niedersachsen
Gerhild Kramer, Wellenserstr. 14
D-37586 Dassel, Tel.: 0 55 62 / 67 94

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Friedensdienst der Ev. Kirche der Pfalz
Referat Konziliarer Prozess
Eberhard Dittus
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15 17
Fax: 0 62 32 / 67 15 67

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
D-56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31 / 35 41 40
Fax: 0 26 31 / 35 41 41

Rheinhausen

Oekumenisches Forum Rhein Hessischer Aktionsgruppen
Gossner Mission, Albert-Schweitzer-Str. 113-115
D-55128 Mainz
Tel.: 0 61 31 / 23 20 31

Rheinland

Oekumenischer Trägerkreis Rheinland
c/o Wiebke Naumann, Zeughausstr. 7
D-53721 Siegburg
Tel.: 0 22 41 / 6 76 01
Fax: 0 22 41 / 95 97 93

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler
Immermannstr. 7, D-41516 Grevenbroich
Tel.: 0 21 82 / 25 90
Fax: 0 21 82 / 27 45

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft
c/o Erika Franze-Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
Tel.: 0 20 08 / 59 30 23

Oekumenisches Forum im Rheinland

Lohstr. 132, D-46047 Oberhausen

Sachsen-Anhalt

Arbeitsstelle Eine Welt
Pfr. J.-H. Witzel, Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 0 39 1 / 53 46-493
Fax: 0 39 1 / 53 46-490

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Thomas Ehrenberg, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 0 23 31 / 54 09-73
Fax: 0 23 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Ostberger Str. 26
D-58239 Schwerte, Tel.: 0 23 04 / 1 58 50

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Johanna Moltmann-Hermann
Riedhöfe 2, D-88410 Bad Wurzach
Tel./Fax: 0 75 64 / 44 79

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST
c/o GEP • Postfach 50 05 50 • 60394 Frankfurt am Main
www.ecunet.de

Fördermitgliedschaft bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST
Gegründet 1982 – Erscheint vierteljährlich

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Kuratorium: Joachim Garstecki, Werner Gebert, Annette Groth, Paulander Hausmann, Jens Junginger, Paul Löffler, Christa Springe, Edda Stelck, Ulrich Schmittenner (Vorsitz), Breitscheidstr. 92 70176 Stuttgart

Redaktion:

Postfach 50 01 13, 60391 Frankfurt/Main

Mitarbeiter:

Pfr. Ulrich Schmittenner (Gesamtredaktion)
Breitscheidstr. 92, 70176 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 26 56 90, Fax: 07 11 / 2 26 56 93;
Rainer Zimmer-Winkel (Oekumene)
Karl-Marx-Str. 150, 12043 Berlin
Tel.: 0 30 / 68 80 92 36

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Bezug:

Einzelheft: 3,- Euro pro Exemplar;
im Einzelabonnement: 10,- Euro pro Jahr

Bestellungen an:

GEP, Vertrieb, Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 826

Hinweis:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland, EED/ABP.